

Veröffentlichungsfassung des Urteils

Amtsgericht Wuppertal, Anerkenntnisurteil vom 09.04.2026

Aktenzeichen 93 C 88/25

Hinweis zur Veröffentlichung:

Diese Fassung wurde für die Veröffentlichung im Internet zusätzlich anonymisiert.

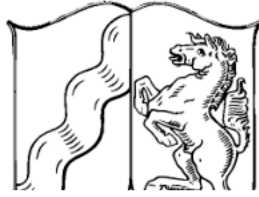
Parteien und konkrete Wohnungsangaben wurden entfernt bzw. neutralisiert.

Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung wurde ansonsten nicht redaktionell verändert.

Bitte beachten: Das Urteil ist ein Anerkenntnisurteil (§ 307 Satz 2 ZPO);

die Entscheidung enthält daher nur eine eingeschränkte Begründung.

93 C 88/25



Kläger: anonymisiert

Beklagte: anonymisiert

In dem Rechtsstreit

des Herrn X,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte:

gegen

1. die L. GmbH,

2. die I. GmbH,

Beklagten,

Prozessbevollmächtigte

zu 1, 2: gleicher gegnerische Anwalt

hat das Amtsgericht Wuppertal
gemäß § 307 Satz 2 ZPO am 09.04
durch die Richterin am Amtsgericht

für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, der baulichen Veränderung in Form der Installation eines Steckersolargerätes (Balkonkraftwerk) auf der Außenseite des Balkons der Wohnung R. xx, Wuppertal, ohne Substanzbeeinträchtigung der Mietsache Zug-um-Zug gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von 300,00 EUR wie folgt zuzustimmen:
 1. Es sollen zwei Solarmodule des Typs Tongwei TWMNH-48HD 445W mit einer Gesamtleistung von 890 Wp (2×445 Wp) installiert werden.
 2. Für die Montage werden Halterungen des Typs „Balkonkraftwerk Halterung Standard“ (SolarFuture) verwendet, die für Windgeschwindigkeiten bis zu 144 km/h (Windstärke 12) ausgelegt sind.
 3. Die Module werden gemäß der Anlage A an der Außenseite der vorderen Balkonbrüstung in südlicher Ausrichtung angebracht.
 4. Der elektrische Anschluss des Steckersolargeräts erfolgt über eine Energiesteckvorrichtung bestehend aus einer Schutzkontaktsteckdose Typ F und einem Schutzkontaktstecker Typ F (normaler Schuko-Stecker), gemäß neuer VDE Norm „DIN VDE V 0126-95“:
 - a) Die maximale Modulleistung ist auf 960 Wp begrenzt; Tatsächlich sind 890 Wp verbaut.
 - b) Der Basisschutz (Schutz gegen direktes Berühren aktiver Teile) wird durch konstruktive, mechanische Maßnahmen gewährleistet. Dazu zählen insbesondere: • Basisisolierung aktiver Leiter (stoffschlüssige, nicht lösbare Isolation) • Abdeckungen und Umhüllungen mit definiertem Schutzgrad • Gehäuse, die ein unbeabsichtigtes Berühren verhindern Diese Maßnahmen sind mechanisch-konstruktiv umgesetzt. Sie wirken passiv und ohne Funktionsabhängigkeit.
 - c) Die elektrische Sicherheit im weiteren Sinne (Fehlerschutz) ist zusätzlich elektromechanisch gewährleistet durch: • Schutzleiter und Schutzpotentialausgleich • Leitungsschutzschalter • Fehlerstrom-Schutzeinrichtungen (RCD) Hier handelt es sich um funktionale Schutzmaßnahmen, die auf elektrischen Messgrößen basieren und über mechanische Schaltelemente auslösen (also elektromechanisch

wirken).

- d) Ferner verfügt der Wechselrichter des Typs Growatt NEO 800M-X mit DC-Verpolungsschutz, über einen AC-Überspannungsschutz und Erdschlussüberwachung. Die maximale Wirkleistungseinspeisung des Wechselrichters ist auf 800 W begrenzt.
2. Die Gerichtskosten tragen der Kläger und die Beklagte zu 2 je zur Hälfte. Die außergerichtlichen Kosten der Beklagten zu 1 trägt der Kläger. Die außergerichtlichen Kosten des Klägers trägt die Beklagte zu 2 zur Hälfte. Im Übrigen werden außergerichtliche Kosten nicht erstattet.
 3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Entscheidungsgründe:

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 92 Abs. 1, 269 Abs. 3 Satz 2 ZPO nach der Baumbach'schen Formel.

Gegen die ursprünglich Beklagte zu 1 hat der Kläger die Klage zurückgenommen und insoweit die Kosten zutragen.

Mit der Klage gegen die Beklagte zu 2 hat der Kläger obsiegt. Die Kosten sind insoweit der Beklagten zu 2 aufzuerlegen.

Die Kosten waren nicht nach § 93 ZPO dem Kläger aufzuerlegen. Dessen Voraussetzungen, dass die Beklagte durch ihr Verhalten keine Veranlassung zur Erhebung der Klage gegeben hätte, liegen nicht vor. Anlass zur Klageerhebung gibt ein Beklagter, wenn sein Verhalten vor Prozessbeginn gegenüber dem Kläger so war, dass dieser annehmen musste, er werde ohne Klage nicht zu seinem Recht kommen. Hier hatte die Beklagte vorprozessual zunächst mitgeteilt, dass sie die Anbringung eines Balkonkraftwerks aufgrund notwendiger Montagen an der Hauswand / Balkonbrüstung und damit möglichen Auswirkungen auf Stromschwankungen der Haustechnik nicht zustimme (Email vom 27.01.2025, Anl. D4, Bl. 21 der Akten). Allerdings teilte die Beklagte sodann noch vor Erhebung der Klage an sie selbst (zunächst war gegen die Hausverwaltungsgesellschaft Klage erhoben worden) dem Kläger mit Schreiben vom 16.07.2025 (Anl. zur Klageerwidern, Bl. 53 f. der Akten) mit, dass sie die Genehmigung unter bestimmten Bedingungen erteilen werde. Darin machte sie jedoch die Zustimmung unter anderem davon abhängig, dass die Anlage durch einen registrierten Fachinstallateur installiert werde. Auch danach musste der Kläger noch annehmen, dass er ohne Klage nicht zu seinem Recht kommen werde.

Die Klage war zu diesem Zeitpunkt auch bereits hinreichend schlüssig. Dem steht nicht entgegen, dass der Antrag noch näher zu konkretisieren war. Schon zum Zeitpunkt der Klageerhebung hatte der Kläger die Grundinformationen zur Art und Anbringung des Balkonkraftwerks mitgeteilt. Dass diese prozessual teilweise in den Antrag aufzunehmen waren, steht nicht der Schlüssigkeit der Klage entgegen. Die Beklagte hätte ihre Zustimmung auch vor Umstellung des Antrags anhand der vorgetragenen Informationen beschränkt erteilen können. Etwaige Unklarheiten hätte sie konkret benennen können. Nach dem Vortrag der Beklagten war jedoch davon auszugehen, dass ihre Zustimmung nicht an dem Fehlen solcher Informationen scheiterte, sondern daran, dass sie im Wesentlichen darauf beharrte, dass eine Fachkraft die Installation vornehmen müsse.

Im Übrigen ohne **Tatbestand** und **Entscheidungsgründe** (gemäß § 313b Abs. 1 ZPO).

Der Streitwert wird auf 1.000,00 EUR festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

A) Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 1.000,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Amtsgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils bei dem Landgericht Wuppertal, eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des Urteils, gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils schriftlich gegenüber dem Landgericht Wuppertal zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Landgericht Wuppertal durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

B) Gegen die Kostengrundscheidungsentscheidung ist das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zulässig (§ 99 II ZPO), wenn der Wert der Hauptsache 1.000,00 EUR

und der Wert des Beschwerdegegenstandes 300,00 EUR übersteigt. Die sofortige Beschwerde ist bei dem Amtsgericht Wuppertal, Eiland 2, 42103 Wuppertal oder dem Landgericht Wuppertal schriftlich in deutscher Sprache oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichts einzulegen.

Die sofortige Beschwerde muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass sofortige Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt wird. Sie ist zu unterzeichnen und soll begründet werden.

Die sofortige Beschwerde muss spätestens **innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen** bei dem Amtsgericht Wuppertal oder dem Landgericht Wuppertal eingegangen sein. Dies gilt auch dann, wenn die sofortige Beschwerde zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines anderen Amtsgerichts abgegeben wurde. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Erlass dieser Entscheidung.

C) Gegen die Streitwertfestsetzung ist die Beschwerde an das Amtsgericht Wuppertal statthaft, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 300,00 EUR übersteigt oder das Amtsgericht die Beschwerde zugelassen hat. Die Beschwerde ist spätestens innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, bei dem Amtsgericht Wuppertal, Eiland 2, 42103 Wuppertal, schriftlich in deutscher Sprache oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerde kann auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichtes abgegeben werden.

Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Hinweis zum elektronischen Rechtsverkehr:

Die Einlegung ist auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts möglich. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 130a ZPO nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (BGBl. 2017 I, S. 3803) eingereicht werden. Auf die Pflicht zur elektronischen Einreichung durch professionelle Einreicher/innen ab dem 01.01.2022 durch das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs

vom 5. Juli 2017 und das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 05.10.2021 wird hingewiesen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.